

Länderberichte

Kirche und Sozialismus in Tansania

Der ostafrikanische Staat Tansania (937 058 qkm, ca. 12,6 Millionen Einwohner) hat seit der Erlangung der politischen Unabhängigkeit im Jahre 1961 eine Entwicklung durchlaufen, die in den westlichen Ländern gelegentlich auf Sorge und Kopfschütteln stieß und gerade in Deutschland manchen Mißverständnissen ausgesetzt war. Das gilt insbesondere, seitdem das ehemalige Tanganjika, bis zum Ende des Ersten Weltkrieges deutsches Kolonialgebiet, westliche Interessen enttäuschend, 1964 mit dem in jeder Hinsicht ungleichen, unter volksdemokratischer Verfassung stehenden Sansibar (zusammen mit der politisch zugehörigen Insel Pemba, etwa 354 000 Einwohner) eine Föderation einging und sich kommunistischen, vor allem chinesischen Einflüssen zu öffnen schien. Die Interessierten horchten auf, als vom Bau einer Eisenbahn durch Tansania bis nach Zambia hinein gesprochen wurde und sich herausstellte, daß die Volksrepublik China hierfür Kredite und Arbeitskräfte zur Verfügung stellen wollte. Zusammen mit dem bereits früher erfolgten Bekenntnis zum afrikanischen Sozialismus und der Erklärung der *TANU-Partei* zur Staatspartei mag die Summierung dieser Nachrichten bei manchem ein bedrohliches Bild haben aufkommen lassen. Die zu Anfang des Jahres verbreitete Nachricht von der „Verstaatlichung“ des privaten Schulwesens, von der die katholische Kirche besonders betroffen war, wird wohl nur als Bestätigung dafür aufgefaßt worden sein, daß sich Tansania nicht mehr weit von der Einverleibung in den sozialistischen Blockteil chinesischer Prägung befindet. Für die Kirche kann da, nach Meinung von Pessimisten, nur noch Schlimmes zu befürchten sein. Um aber die tatsächlichen Verhältnisse und die Stellung der Kirche im tansanischen Staat von heute etwas zu umreißen, ist es nötig, wenigstens einige Grundzüge der Hauptfaktoren dieses Kräftespiels aufzuzeigen. Dabei kann man von der Tatsache ausgehen, daß im europäischen, und vor allem im deutschen Bewußtsein, die um „Afrikanität“ und „Neutralität“ bemühte und deswegen fast notwendig ambivalente Außenpolitik gegenüber der Innenpolitik überbewertet oder von der Gesellschaftsstruktur und ihrem ideologischen Rahmen isoliert wird und daß hierin die Hauptursache auch für die oft mißverständene Außenpolitik liegt.

Was ist tansanischer Sozialismus?

Der tansanische Sozialismus ist eine der Spielformen des *afrikanischen Sozialismus*. Zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit mußte Tansania, wie auch alle anderen afrikanischen Staaten, sich darüber klar werden, daß die politische Unabhängigkeit nur dann zu einem echten Fortschritt führen konnte, wenn ein sozialer und wirtschaftlicher Neuaufbau stattfand. Zur Wahl über das Wie des Aufbaus standen das von den Kolonialmächten ererbte „westliche“ und das „sozialistische“ System. Die Wahl des „kapitalistischen“ Weges hätte zunächst bedeutet, daß man das wirtschaftliche System der Kolonialzeit, in dem einige wenige, noch dazu europäische Kapitalgesellschaften das Land beherrschten, fortführen wollte. Selbst wenn die europäischen und anderen nichtafrikanischen Unter-

nehmer durch Afrikaner hätten ersetzt werden können, hätte dies zumindest vom System her bedeuten müssen, daß man einen langsamen Weg der Entwicklung des „Wohlstandes für alle“ einschlagen mußte, der über das wachsende Wirtschaftspotential zunächst Weniger zu einer allmählichen Verbreitung des Wohlstandes hätte führen können, wie dies in den Ländern Westeuropas der Fall gewesen war. Damit wäre man aber weiter einseitig an die westlichen Länder gebunden geblieben, an eben jene Länder, denen man unter großer Anstrengung die politische Unabhängigkeit abgetrotzt hatte.

Es war deshalb mehr als verständlich, daß man seinen mehr oder weniger glaubhaften eigenen Weg suchte und diesen in einer afrikanischen Variante des Sozialismus zu finden glaubte. Doch was bedeutet „sozialistisches System“ oder „Sozialismus“ unter tansanischen Verhältnissen? Im traditionellen Tansania wie in afrikanischen Gesellschaften überhaupt hat es noch nie Klassen im marxistischen Sinn gegeben. Wohl gibt es vielleicht den einen oder anderen Ansatz zur Klassenbildung. Es gibt aber jedenfalls keinen Klassenkampf im Sinn von Marx, da eine Bourgeoisie nach seinem Verständnis nicht existierte. Im Jahre 1967 schrieb der heutige Präsident Tansanias, *J. Nyerere*, daß die Grundlage und das Ziel des afrikanischen Sozialismus eine große Familie sei. Er meinte, der afrikanische Sozialist betrachte nicht die Angehörigen einer Klasse als seine Brüder und die einer anderen Klasse als seine natürlichen Feinde. Für ihn seien alle Menschen Brüder — als Mitglieder einer ständig wachsenden Familie. „*Ujamaa*“ oder „*Familiengesinnung*“ kennzeichnet deshalb den Sozialismus Tansanias. Er unterscheidet sich nach afrikanischer Selbstdarstellung vom westlichen Kapitalismus, der eine „glückliche“ Gesellschaft auf der Basis von Marktmechanismen bei ungleichen Chancen aufbauen wollte, und unterscheidet sich auch vom doktrinären Sozialismus, der eine glückliche Gesellschaft durch den unvermeidlichen Kampf zwischen Mensch und Mensch erreichen will (*Education for Self-Reliance*, Dar-es-Salam 1967). Bei anderer Gelegenheit wurde „*Ujamaa*“ als „Nachbarschaftsgeist“, als „nachbarschaftliche Solidarität“ definiert. Im Februar 1967 wurde durch die Staatspartei TANU (*Tanganyika National African Union*) das wichtigste Dokument verabschiedet, das die ideologische Grundlage der Partei darstellt, die sog. *Arusha Declaration* (TANU Publicity Section, Dar-es-Salam 1967). Sie zeigt ein Bild des Sozialismus, das folgende Kernpunkte umfaßt: Tansania ist ein Staat der Bauern und Arbeiter, in dem es keine Ausbeutung eines Menschen durch einen anderen geben darf. Jeder trägt durch seine Arbeit zum Wohl der Allgemeinheit bei und erhält dafür ein angemessenes Einkommen. Ausgenommen von dieser Pflicht sollen nur Kinder und Alte, Krüppel und solche sein, für die der Staat zu keiner Zeit Beschäftigung finden kann. Die wichtigsten Produktionsmittel sollen sich im Eigentum der Bauern und Arbeiter befinden, die sie durch die Regierung oder ihre Genossenschaften kontrollieren. Die staatstragende Partei muß eine Partei der Bauern und Arbeiter sein. Ein Staat ist nicht schon sozialistisch, wenn seine Regierung die wichtigsten

Produktionsmittel besitzt und kontrolliert. Diese Regierung muß auch von den Bauern und Arbeitern gewählt und geführt werden. Echter Sozialismus ohne Demokratie ist nicht möglich. „Der Sozialismus ist eine Ideologie, die nur durch den Glauben an ihre Prinzipien und deren Anwendung verwirklicht werden kann.“ Die TANU-Mitglieder und Führer müßten hieran arbeiten. Ziel dieses Sozialismus ist u. a. die Beseitigung von Armut, Unwissenheit und Krankheit, der Ausbeutung, Bestechung und Korruption, der Diskriminierung nach Geschlecht, Rasse, Religion usw., die Verwirklichung der Grundrechte des Menschen. Die Arusha-Declaration legte als Grundlinie der Politik die „*Self Reliance*“, das Sichverlassen auf die eigenen Anstrengungen und Kräfte, eine afrikanisch verstandene Politik der Selbsthilfe fest. In der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes erhielt die Förderung der Landwirtschaft und der Landbevölkerung Vorrang. Der tansanische Sozialismus ist kein doktrinärer Sozialismus, als der er fälschlicherweise oft aufgefaßt wird. Er bedeutet vielmehr eine Ideologie, die sich eng an traditionelle afrikanische Haltungen anlehnt, um das Gemeinwohl eines Entwicklungslandes aus eigener Tradition zu verwirklichen. Daß in solchen Grundsatzserklärungen auch viel ideologischer Schaum aufgehäuft wird, der sich nur sehr schwer mit der sozial-wirtschaftlichen Realität der Länder verträgt, in denen bei einem Pro-Kopf-Einkommen von 250.— DM pro Jahr es erst um die Schaffung und Durchsetzung einer rudimentären, wirtschaftlich-kulturellen Entwicklung, ermöglichende staatliche Ordnung geht, liegt auf der Hand. Dennoch gilt Tansania mit seinem auf agrarischen Präferenzen aufbauenden wirtschaftlichen Mischsystem mit einer stark genossenschaftlichen Komponente auch bei internationalen Entwicklungsexperten als eines der afrikanischen Länder mit realistischer, weil energisch die Selbsthilfe anregender Entwicklungspolitik. E. Eppler, der bundesdeutsche Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, bezeichnete erst jüngst anlässlich seiner Afrikareise im April 1970 Tansania als eines der hoffnungsvollsten Entwicklungsländer.

Die Rolle der Einheitspartei

Um das Phänomen für unsere europäische Begriffswelt mit ihrer eigenen Erfahrung verständlich zu machen, muß an den politisch-gesellschaftlichen Hintergrund der Entkolonisierungsphase erinnert werden. Im Unabhängigkeitskampf war die TANU zu einer *Volksbewegung* geworden. Ihr Interesse konzentrierte sich auf das Abschütteln der kolonialen Herrschaft. Obwohl es auch noch andere Gruppen gab, hatten diese bei weitem nie die Stärke der TANU-Bewegung erreicht. Als die Kolonialherrschaft beendet war und ein unabhängiger Staat nach demokratischem Muster gebildet werden mußte, zeigte sich, daß jede Grundlage für ein Regierungssystem nach westlichem Muster fehlte, dessen wesentlicher Bestandteil das Parteiensystem ist. Parteien in Europa bildeten sich aufgrund der bestehenden Interessengegensätze wirtschaftlicher und politischer Art innerhalb eines Volkes. Nicht so in Tansania. TANUs Politik richtete sich gegen keine Gruppe des eigenen „Volkes“, sondern gegen Ausländer. TANU war eine nationale Bewegung, die den Anspruch erhob, die Interessen aller zu vertreten. Im Zeitpunkt der *Unabhängigkeit* gab es überdies keine Grundlage für ein stabiles Mehrparteiensystem. Es bestand auch wenig Grund für die Einführung eines solchen Systems. Auch soziologisch

gesehen, bestand kein Anlaß dafür. Dagegen sprechen wie anderswo in Afrika die Stammes- und Bevölkerungsstruktur. Noch heute sind ca. 94 Prozent der Bevölkerung agrarisch geprägt, nur 5—6 Prozent leben in städtischen Siedlungen. Freilich kann in dieser Scheidung der Grund für auseinanderstrebende Meinungen und Interessen liegen. Es ist leicht einzusehen, daß sich in Zukunft und schon jetzt eine eigene Beamten- und Verwaltungsklasse bilden wird, deren Bildungsstandard, Einsichten, Aussichten und Einfluß von der auf dem Land wohnenden Bevölkerung abweichen wird. Wichtig war bei Erreichung der Unabhängigkeit jedoch eine andere, hierzulande oft übersehene Tatsache. Auf dem Gebiet des Staates der Vereinigten Republik Tansania (mit Sansibar) leben heute über 120 Stämme. Es war und bleibt eine wichtige Aufgabe, diese Stämme und Gruppen über die Stammes- und regionalen Grenzen hinweg politisch zu einen. Es mußte ja ein nationales Wirtschafts- und Sozialsystem aufgebaut werden, eine neue Gesellschaftsordnung, die einem modernen Staat den Fortschritt ermöglichte. In Tansania war die TANU die einzige Bewegung, die diese Aufgabe des „Nation-building“ erreichen konnte. Sie schaffte auch die notwendigen *Verwaltungskader*. Schon Ende 1962 waren TANU und staatliche Verwaltung in weiten Teilen identisch.

Bei dieser radikalen Umgestaltung der politischen Verhältnisse, bei denen eine Organisation die politische Linie bestimmte, das Parlament beherrschte und die Exekutive bis auf die Dorfebene verkörperte, stellte sich natürlich das Problem, wie diese allmächtige Organisation und ihre Mitglieder kontrolliert werden können. Da kein Überapparat oder eine andere, noch mächtigere Schiedsrichterinstitution geschaffen werden konnte, bleibt als effektive Kontrolle praktisch nur eine gewisse innerparteiliche Demokratie und die Methode, TANU-Mitglieder für die praktische tägliche Anwendung dessen verantwortlich zu machen, was in der Hauptstadt beschlossen wird. Die Mitglieder und insbesondere die Führer der TANU mußten so einen strengen Katalog von Forderungen an ihr moralisches und praktisches Verhalten anlegen lassen. Die bereits genannte Arusha-Declaration verbietet z. B. jedem Funktionär, Aktien zu besitzen, Leiter eines Privatunternehmens zu sein, mehr als ein Gehalt zu beziehen, Häuser für den Zweck der Vermietung zu besitzen usw. Diese Bestimmungen beziehen sich sogar auf die Ehegatten der Funktionäre. Sie sind wohl nur aus dem Bemühen um eine straffe, geordnete und doch „volksnahe“ Weiterentwicklung einer noch zurückgebliebenen Agrargesellschaft zu verstehen. Daß sich dabei christlich-westliche, chinesische und afrikanische Muster in merkwürdiger Verwandtschaft mischen, ist nicht zu übersehen.

Die Präsenz der Kirche

Daß die Kirche bisher zu einer engen Kooperation mit diesem in der TANU-Partei verkörperten tansanischen Sozialismus bereit war, ist bekannt. Diese Nähe der Kirche zum geltenden System fußt auf drei Tatsachen: a) auf der Ausstrahlungskraft des katholischen Präsidenten und Führers der TANU, Nyerere, b) auf der relativ starken numerischen und qualitativen Präsenz der katholischen Kirche im Lande, c) auf der inneren Verwandtschaft zwischen der Volkspastoral einer um Afrikanisierung bemühten Kirche und dem Verständnis des „Nation-building“ der sozialistischen Einheitspartei.

In 24 Diözesen mit knapp 500 Pfarreien leben in Tansania bei einer Gesamteinwohnerzahl von 12,6 Millionen ca. 2,3 Millionen Katholiken (Zahlen aus „One Hundred Years Catholic Church in Tanzania“, Dar-es-Salam 1968) neben etwa zwei Millionen Protestanten und drei Millionen Moslems (der Rest sind „Animisten“), für die 1278 (davon 401 einheimische) Priester, 399 (75) Brüder, 2181 (1408) Schwestern und 5980 Katechisten arbeiten (alle Zahlen aus der gleichen Festschrift). Schon seit 1957 besteht die tansanische Bischofskonferenz, die für ihre praktische Arbeit acht Abteilungen gebildet hat, darunter je eine für Schule und Erziehung, Gesundheitswesen, Community Development usw. Von Anfang an spiegelte sich in der Besetzung der Sekretariate der Konferenz die starke Tendenz zur *Afrikanisierung* in der tansanischen Kirche, die sich, soweit das Seelsorgepersonal betroffen ist, aus den oben angegebenen Zahlen ablesen läßt. Nur noch 8 der 24 kirchlichen Verwaltungsbezirke werden im Augenblick durch nicht-afrikanische Bischöfe verwaltet (vor zwei Jahren noch 15).

Aufgrund der aufgezeigten Entwicklung konnte sich die Kirche von Anfang an im tansanischen Staat als eine Kraft im Volk betrachten, der wie anderen Gruppen und Kräften im unabhängigen Tansania im Rahmen des Aufbaues und der Entwicklung wichtige Aufgaben zufielen. Nicht nur die große Zahl der Katholiken und ihre vielfältigen *Verbände und Bewegungen*, von der Legio Mariä bis zu den Studenten- und zur Familienbewegung, sondern auch das große Gewicht auf volksnahen Sektoren geben der Kirche Rückhalt. Besonders stark war die Präsenz der Kirche im Erziehungswesen (1378 Elementar-, 44 Sekundarschulen, 8 Lehrerbildungsanstalten, 2 Handels-, 15 Handwerkerschulen, 48 hauswirtschaftliche Ausbildungsstätten). Ein Drittel aller Elementarschulen wurde bisher von der katholischen Kirche geleitet. Auf dem *Gesundheitssektor* spielt die Kirche mit 25 Krankenhäusern, 75 Dispensarien, 74 Entbindungs- und Mütterberatungsstellen sowie 11 Ausbildungsstätten ebenfalls eine bedeutende Rolle. Augenblicklich wird durch die Kirche in Erfüllung eines Abkommens mit dem Staat ein großes Zentral- und Ausbildungs Krankenhaus in Mwanza am Südende des Viktoriasees errichtet.

Kirche und Nation-building

Besondere Beachtung verdient, mit welchem Nachdruck sich die Kirche hinter die Arusha-Declaration stellte, „hinter ihren Geist der Brüderlichkeit, des Teilens, des Dienens und der harten Arbeit“, der, so wurde ausdrücklich festgestellt, mit dem wahren Geist der Kirche übereinstimmt (Erklärung der Bischöfe zur Hundertjahrfeier, englischer Wortlaut herausgegeben von der Ndonela Mission Press, 1968). In einigen Hauptpunkten wurde in diesem Schreiben diese Unterstützung exemplifiziert. Die Arusha-Declaration setze sich ein gegen die Ausbeutung des Menschen durch den Mitmenschen, für die Möglichkeit eines jeden, an der Entwicklung teilzunehmen, für den Schutz der Rechte jener, die sich selbst am wenigsten helfen können. Vom Ansatz ihrer eigenen Arbeit und Absichten in Tansania her könne sich die Kirche hier mit Partei und Regierung solidarisch erklären, ebenfalls mit dem Bestreben, „die Brüderlichkeit, das Miteinander im täglichen Leben zu gestalten, die Freiheit des Einzelnen zu wahren und die Verantwortlichkeit zu fördern, für sich und für die anderen“. Genauso verhält es sich mit dem Ziel der

„Ujamaa“. Auch für die Kirche gebe es keine Mitglieder, die sich nach Stämmen in ihrem „Katholischsein“ unterscheiden. Das Element der „Ujamaa“, das über die bisher eingehaltenen Grenzen der Großfamilie, der Stammesgruppe oder des Stammes hinausgreift und sich auf die Gesamtbevölkerung erstrecken soll, müsse deshalb voll und ganz von der Kirche akzeptiert und als erwünscht angesehen werden. Angesichts der drängenden wirtschaftlichen Nöte und der Notwendigkeit einer gezielten Entwicklung erklärte sich die Kirche auch zugunsten einer starken Regierung, die für das Allgemeinwohl Sorge tragen kann. Die Bischöfe sprachen sich ebenfalls für eine wirksame Kontrolle der wichtigsten Produktionsmittel durch die gesamte Nation entweder über die Regierung oder durch genossenschaftliche Organisationen aus.

Die Kirche stellte sich auch eindeutig hinter den afrikanischen Sozialismus als gesellschaftliches Ordnungs- und Entwicklungsinstrument, der sich nach den Worten der Bischöfe von den bisher bekannten Spielarten dadurch unterscheidet, daß er nicht auf Klassenhaß und Klassenkampf aufbaue, sondern von einem echten und afrikanischen Sinn für Brüderlichkeit getragen sei.

Mit dieser für Afrika bisher wohl einmaligen Proklamation versuchte die Kirche in diesem Lande die Konsequenzen aus dem allmählichen Übergang von der europäisch geprägten in eine einheimische Kirche zu ziehen, ihre Stellung im Aufbau der neuen nationalen Gemeinschaft zu klären. Dieses Bemühen wurde im vorigen Jahr durch ein eigenes „nationales Studienseminar“ fortgesetzt (Texte des „1969 Seminar Study“ in „The Church in Tanzania today“, Pastoral Institute of Tanzania). Neben Fragen der Pastoral und des innerkirchlichen Lebens wurden auch Themen wie die Rolle der Kirche in Entwicklung und Gemeinschaft, in den Massenmedien, auf dem Gesundheitssektor und in der Erziehung behandelt. Da das Seminar fortgeführt wird, ist es noch zu früh, nach Ergebnissen zu fragen. Die Themen sind noch längst nicht ausdiskutiert. Auf einige Grundzüge sei jedoch kurz hingewiesen. Beherrschend war auch hier der Leitgedanke der Ujamaa als Grundlage der tansanischen Gesellschaftsordnung. Man wollte das System sogar auf das kirchliche Eigenleben übertragen. Die Kirche sollte ihrerseits überlegen, ob und wie ihre Struktur nach einer christlich durchdrungenen Ujamaa ausgerichtet werden kann. Daß es der Kirche mit diesem Vorhaben ernst ist, zeigt nicht zuletzt der letzte Weihnachtshirtenbrief des Erzbischofs von Dar-es-Salam, Kardinal *L. Rugambwa*, „über den Wert und Sinn der Arbeit aus christlicher Sicht“. In beiden Dokumenten wurde die Forderung akzeptiert, die ideellen, personellen und materiellen Mittel der Kirche enger mit der staatlichen Verwaltung und dem dörflichen Genossenschaftswesen abzustimmen. Besondere Bedeutung maß man dabei der strikten Anwendung des *Subsidiaritätsprinzips* zu, um nicht einerseits den kirchlichen Apparat über Gebühr zu binden und andererseits nicht in die Versuchung des Erwerbs neuer Machtpositionen zu fallen, die in jedem Fall zu Konflikten mit dem Staat und seinen Organen führen müßten.

Ein Programm der Zusammenarbeit

Es ist anzumerken, daß die Teilnehmer des Seminars sich wohl bewußt waren, daß ihre Überlegungen zum jetzigen Zeitpunkt keine Beschlüsse als krönenden Abschluß finden und somit die Kirche heute und jetzt nicht auf Ver-

haltensweisen und Strategien festlegen können. Wohl sollten die Gedanken aber, trotz ihrer Schwächen und eventuellen Einseitigkeit, allen Mitgliedern der Kirche bekanntgegeben werden und sie zur Aufnahme der Diskussion bewegen. In den einzelnen Pfarreien, vor allem aber auf diözesaner Ebene sollte ein intensiver Dialog stattfinden zwischen den Gläubigen und der Leitung der Diözese, um die Überlegungen auf ihre Anwendbarkeit zu prüfen und dem Bischof eine genaue Kenntnis von der Haltung der Katholiken in seiner Diözese zu vermitteln. Er würde diese Haltung wiederum bei den Beratungen in der Bischofskonferenz vorzulegen und in diese einzubringen haben. Es scheint, daß bei aller gebotenen Zurückhaltung über mögliche praktische Konsequenzen des Seminars gesagt werden kann:

Die Kirche in Tansania will ihre Rolle neu überdenken. Sie wird prüfen, welche Elemente ihrer Lehre zu einer Vertiefung und Erklärung der Grundgedanken der Ujamaa aus christlicher Sicht beitragen können. Sie will ihrer Strategie und ihrer Organisationsstruktur jene Form geben, die ihr aufgrund ihrer eigenen Geschichte und der Geschichte und Kultur Tansanias zukommt.

Die Kirche wird alle Anstrengungen unternehmen, um in Planung und Strategie, im personellen und finanziellen Bereich selbständig zu werden. Sie wird aber nicht auf die Mitarbeit ausländischer Mitglieder und der Kirche in anderen Ländern verzichten.

In Tansania wird die Kirche alles versuchen, um mit anderen Stellen zusammenzuarbeiten, besonders mit der Regierung und mit den anderen Kirchen. Sie wird bei der Erfüllung gemeinsamer Aufgaben nur dann eigene Einrichtungen aufbauen und betreiben, wenn dies einer absoluten Notwendigkeit entspricht.

Innerhalb der Kirche selbst wird sie sich um besseres gegenseitiges Verständnis und um Zusammenarbeit auf allen Ebenen bemühen. Sie wird jede Gruppe dazu ermutigen und dafür vorbereiten, ihre besondere Rolle im Leben der Kirche zu spielen.

Unter diesen Leitgedanken geordnet, fallen dann besondere Anregungen wie die hier beispielhaft angeführten: Bei den medizinischen Diensten soll je nach örtlichen Gegebenheiten die Bevölkerung stärker an ihrer Durchführung beteiligt werden. Aus Gründen des christlichen Beispiels, der Kontinuität und Stabilität sollen mehr Mitglieder afrikanischer weiblicher Orden für den Gesundheitsdienst vorbereitet werden. Kirchliches Personal sollte sich innerhalb der Regierungsplanung stärker im öffentlichen Gesundheitswesen engagieren. Größere Aufmerksamkeit sollte die Kirche auf die dörfliche Entwicklung legen. Den Führern der Kirche kommt eine besondere Rolle zu, die Christen davon zu überzeugen, daß sie ihre und ihrer Mitmenschen Lebenslage verbessern müssen. Sie sollen selbst an der Entwicklungsarbeit teilnehmen. Enge Zusammenarbeit mit der Regierung soll auf diesem Gebiet angestrebt werden. Die Bedeutung der Information soll erkannt, als Instrument der Verkündigung der Wahrheit und der Verbindung mit der Regierung, mit anderen Kirchen und Gruppen genutzt werden usw.

Positive Auswirkungen auf die Entwicklungsarbeit

Daß die Aussagen und Anregungen des Seminars nicht neu sind, sondern in gewisser Weise auf bereits bestehende Erfahrungen aufbauen, mögen schlaglichtartig folgende Beispiele zeigen: Seit dem Jahr 1961 arbeitet die Kirche

in der Tuberkulosebekämpfung im Gebiet am und südlich des Victoriasees mit den staatlichen Gesundheitsbehörden zusammen. Nach langen Verhandlungen war es gelungen, 18 katholische, evangelische und staatliche Hospitäler, die alle strategisch gelegen sind, in diesem Programm zusammenzuschließen, das etwa ein Viertel der tansanischen Bevölkerung erfaßt, an allen Hospitälern wurden auf Kosten der Kirche Tb-Stationen errichtet, Röntgeneinrichtungen aufgebaut, eine Zentrale mit angeschlossener Ausbildungsstätte für einheimische Mitarbeiter in Mwanza eingerichtet. Sämtliche Planungen wurden unter der hochqualifizierten Leitung eines deutschen Arztes, der auch das Anlaufen des Programms überwachte, durchgeführt. Zum Gelingen dieses Planes, der seit 5 Jahren voll läuft, half die Kirche in der BRD mit 10 Millionen DM. Vertragsgemäß übernahm die tansanische Regierung vor mehreren Jahren das Programm, das sie aus eigenen Mitteln erfolgreich weiterführt. Im zentralen Tansania führt die Regierung Neusiedlungsprojekte durch. In einem bestimmten Gebiet soll vor allem der Tabakanbau gefördert werden. Da es der Regierung vor allem an Kapitalkrediten fehlte, wandte sie sich an die Kirche mit der Bitte um Hilfe. Mit Hilfe der Kirche in Deutschland konnte ein Betrag von 500 000 DM für diesen Zweck verfügbar gemacht werden. Kirchliche Vertreter wurden in die leitende Kommission berufen, so daß durch diesen Schritt ein echtes, partnerschaftliches Zusammenwirken von Kirche und Staat erzielt werden konnte. Ein weiteres Beispiel der Zusammenarbeit bietet die Lehrerbildungsanstalt in Songea. Seit Jahrzehnten leistete die alte, von den Benediktinern erfolgreich geleitete Anstalt in Peramiho wertvollste Dienste. Im Zuge des Ausbaus der Grundschulbildung erfolgt auch eine Ausdehnung und Intensivierung der Lehrerbildung. Im Rahmen dieses Ausbaues mußte die Anstalt von Peramiho nach Songea verlegt und vergrößert werden. Im Rahmen des Ausbaues der ersten Stufe, die eben vollendet wurde, hat die katholische Kirche mit Hilfen aus Deutschland und aus der Schweiz etwa zwei Millionen DM, d. h. 50 Prozent der Kosten, beigetragen, der Rest wurde vom Staat aufgebracht. Im neuen Fünfjahresplan sind staatlicherseits weitere erhebliche Mittel für den weiteren Ausbau vorgesehen. Dies sind nur wenige Beispiele für eine gute Zusammenarbeit zwischen Kirche und Staat.

Einverständliche Lösung der Schulfrage

In der zitierten Schrift „Education for Self-Reliance“ von 1967 ging Präsident Nyerere davon aus, daß die Verbesserung der Lebensverhältnisse auf dem Lande Vorrang haben müsse. Der Erreichung dieses Zieles und der Vermittlung der notwendigen praktischen Kenntnisse hierzu sollte das *Schulwesen* dienen. Es wurde damit zu einem wesentlichen Instrument neben der politischen Organisation. Das bisherige Schulwesen in Tansania, ob staatlich oder privat, war, wie fast überall im kolonialen Afrika, noch zu sehr auf ein Ziel hin ausgerichtet, das nur ein ganz geringer Prozentsatz der in die Volksschule Eintretenden erreichen konnte, nämlich auf die Heranbildung einer Elite. Dieses Prinzip läuft aber den egalitären gesellschaftlichen Zielen des heutigen Tansania zuwider. Dem bisherigen Schulsystem wurde weiter vorgeworfen, es trenne die Kinder von der Gesellschaft, für die sie erzogen werden sollten. Um das Schulwesen auf die „sozialistisch“ konzipierte tansanische Realität auszurichten und zu

einem zielkonformen Instrument der Entwicklungspolitik zu gestalten, ist gewiß eine Umgestaltung von Inhalt und Form des Erziehungswesens erforderlich, die bis an die Wurzeln des existierenden Systems geht. Die Bildung muß so organisiert und gestaltet werden, daß sie tatsächlich die Bedürfnisse der Mehrheit erfüllt, die eben auf absehbare Zeit auf dem Lande leben wird und dort ihre Umwelt stärker und besser gestalten muß. Die Schulen müssen es ermöglichen, die künftige Lebensform einzuüben. Überdies sieht der Staat darin nicht zu Unrecht einen wichtigen staatlich-gesellschaftlichen Integrationsfaktor.

Mit Wirkung von Januar 1970 wurden als Folge dieser grundsätzlichen Neuorientierung alle *Primarschulen* in Tansania verstaatlicht. Was bedeutete dies für die Kirche und für das Verhältnis von Kirche und Staat? Für diese brachte das neue Gesetz nicht eigentlich eine Zäsur, vielmehr das Ende eines schon seit längerem angelaufenen Prozesses. Schon bisher kam der Staat auch für die Missionsschulen für alle laufenden Kosten auf. Der Staat bestimmte auch die Lehrpläne, aber er hatte ursprünglich keinen Einfluß auf die Leitung der Schulen und auf die Anstellung und die Auswahl der Lehrkräfte. Die Verstaatlichung brachte nun einen Wendepunkt insofern, als der Staat nunmehr die Leitung aller subventionierten Schulen und die Anstellung der Lehrkräfte übernommen hat. Dieser Wendepunkt kommt wenigstens insofern einer Umkehrung der Verhältnisse gleich, als früher der „Partner“ Regierung zwar bezahlte, jedoch recht wenig zu bestimmen hatte, während heute der „Partner“ Kirche zwar Eigentümer der Schule ist, jedoch de facto nicht viel zu bestimmen hat. Die Schulen verbleiben formell im Eigenbesitz der Kirchen. Diese können sie aber dem Staat übertragen, was einige Diözesen bereits getan haben. Das Gesetz war nicht ohne Zustimmung der Kirchen (der katholischen Bischofskonferenz und des Nationalen Christenrates) zustande gekommen, auch wenn nicht alle Bischöfe der gleichen Meinung waren. Bedeutete dies für sie doch die Aufgabe eines zumindest als wichtig betrachteten Instrumentes ihrer Pastoral und den notwendigen Übergang zu einer anders orientierten Seelsorge. Schon zeitig hat die Kirche die *Lehrer- und Elternvereinigungen* gefördert und in den Schulausschüssen mitgewirkt. Die Kirche wird nun verstärkt über diese Gruppen arbeiten müssen, um diejenigen zu festigen, in deren Hand nun die Verantwortung für die Durchsetzung christlicher Werte in der täglichen Erziehungsarbeit liegt. Zusätzlich müssen neue Methoden der religiösen Unterweisung erarbeitet und Instrumente

hierzu geschaffen werden. Auch hierzu hat das Seminarjahr 1969 Anregungen gegeben. Man wollte das Schwerkraft stärker auf die *religiöse Formung der Lehrer* legen, sich mehr auf das noch weitgehend unbestellte Feld der *Erwachsenenbildung*, auf die Zusammenarbeit mit dem Staat in Sondersektoren (z. B. Sonderschulen) konzentrieren. Die staatliche Vereinheitlichung des Schulwesens liegt in der Konsequenz des tansanischen Sozialismus der TANU-Partei und der Vereinheitlichung der Verwaltungsstruktur des Landes. Die Kirche ihrerseits kann sich bei so nachdrücklicher Unterstützung der Regierung und ihrer Absichten kaum dem Zwang zum Nachgeben entziehen, selbst wenn sie dadurch in das Dilemma gerät, ihre bisher wichtig erscheinenden Positionen aufgeben zu müssen. Freilich waren seit langem schon *innerkirchliche* Diskussionen im Gang, die angesichts der realen Entwicklung im Schulwesen eher die Last für die Kirche (Bindung von Personal, Finanzmittel usw.) als ihren Vorteil in den Vordergrund rückten. Für die Regierung kam als zusätzlicher Vorteil aus dieser Maßnahme noch hinzu, daß sie mittels einer Politik des Einsatzes der verschiedenen Stämmen angehörenden Lehrkräfte vielleicht ein zusätzliches Instrument für den Prozeß des Nation-building gewinnen kann. So betrachtet, war das Gesetz über die Verstaatlichung der Schulen nicht als einzelne Maßnahme, sondern eher als ein erster Schritt auf dem Gebiet der Umgestaltung des gesamten Schulwesens zu verstehen. Es ist aber nicht als besondere Maßnahme gegen die Kirche zu betrachten, auch wenn es vereinzelt so aussah.

Gefahren nicht zu übersehen

Dennoch ließen die Bischöfe in ihrem bereits erwähnten Brief zum 100jährigen Jubiläum auch einige Sorgen gegenüber gewissen Systemeigenheiten des tansanischen Sozialismus mitschwingen: Die Freiheit des Individuums, die nicht unbeschränkt sein kann, wenn es um das Wohl der Allgemeinheit geht, könne gefährdet werden. Die Konzentration von zu großer Macht in den Händen einiger weniger drohe sie trotz guter Absichten zu zerstören. Die Mechanismen der Machtkontrolle und des Machtausgleichs müßten funktionsfähig bleiben. Die Führer dürften nie vergessen, daß sie die Diener des Volkes sind, Wahl und Wechsel der Führer müsse möglich bleiben. Mit der Forderung nach strikter Einhaltung des Ehrenkodex der TANU unterstrichen die Bischöfe ihre Bedenken wegen der politischen Schwächen des bestehenden Systems.

Der Konflikt Kirche—Staat in Paraguay

Schon im vorigen Jahr wurde in dieser Zeitschrift zweimal auf wachsende Spannungen zwischen dem paraguayischen Episkopat und dem Präsidenten des Landes, General *Stroessner*, hingewiesen (vgl. Herder-Korrespondenz, 23. Jhg., S. 457 und S. 541). Die Spannungen, Ausdruck des Verhältnisses zwischen einer sozialpolitisch mutiger gewordenen kirchlichen Führung und einem alternden autoritären Regime, sind für die Haltung eines Teils der lateinamerikanischen Kirche, besonders seit Medellín, eher typisch. Deswegen lohnt es sich, den Konflikt im Zusammenhang darzustellen. Dabei stützen wir uns, soweit Quellen nicht gesondert angegeben werden, vor allem auf das im August 1969 in Asunción veröffentlichte

und später vom CIDOC-Institut in Guernava verbreitete Dokument „El movimiento estudiantil, la iglesia y el gobierno paraguayo“ (CIDOC. Doc. 69/200); auf Sammelbeiträge in der chilenischen Zeitschrift „Mensaje“ (Januar/Februar 1970) und auf Archiv-Material von Adveniat.

Das Regime Stroessner

Als General Alfredo Stroessner (57) im Mai 1954 an der Spitze einer *Militärrevolte* die Macht in Paraguay übernahm, die er seither als jeweils einziger Präsidentschaftskandidat fest in Händen hält, hatte er vor allem zwei Ziele vor Augen. Er wollte die innenpolitische Stabilität